

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 24. November 2019

Herausforderungen begegnen, Chancen nutzen – freidemokratische Leitlinien für den Umgang mit China

Die Volksrepublik China hat in den vergangenen Jahrzehnten einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung erfahren und hunderte Millionen von Menschen aus der Armut geführt. In politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht ist China zu einer internationalen Gestaltungsmacht geworden. Voraussetzung für diese Entwicklung war Chinas Reform- und Öffnungspolitik, bei der die Kommunistische Partei (KP) jedoch immer darauf bedacht war, alle Macht weiterhin zentral in den Händen zu behalten. Unter Xi Jinping strebt die KP in einem seit der Kulturrevolution ungekannten Ausmaß danach, alle Aspekte in Politik, Justiz, Gesellschaft und Wirtschaft zu kontrollieren und den unbedingten Macht- und Führungsanspruch der Partei mit modernsten technologischen Mitteln wie dem sogenannten "Social Credit System" zu sichern. Zudem basiert Chinas Entwicklung nicht auf Demokratie, Rechtsstaat und freier und sozialer Marktwirtschaft. Vielmehr entwirft China mit seinem staatskapitalistischen und autoritären Einparteiensystem ein Gegenmodell zu den offenen Gesellschaften westlicher Demokratien. Dies stellt den Westen vor immense Herausforderungen. Zugleich ist China ein unabdingbarer Partner bei der Lösung internationaler Fragen, wie dies an der Menschheitsfrage des Klimawandels deutlich wird, die ohne China nicht zu lösen ist.

Für uns Freie Demokraten steht fest, dass wir gerade in diesen Zeiten in enger Koordination mit der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten den Dialog mit China intensivieren, Meinungsunterschiede klar benennen und gemeinsame Interessen gemeinsam verfolgen müssen. Dabei sind für uns folgende Grundsätze handlungsleitend:

1. Die Achtung der Menschenrechte einfordern

Die Menschenrechtslage in China bleibt gespalten zwischen den wirtschaftlichen und sozialen Erfolgen wie der Bekämpfung der Armut einerseits und der bestehenden Einschränkung der politischen und bürgerlichen Rechte andererseits. Als Freie Demokraten ist es uns ein elementares Grundanliegen, dass China die Universalität der Menschenrechte achtet. Dazu wollen wir die chinesischen Rechtsstaatsreformen weiter aktiv begleiten. Für den Auf- und Ausbau eines unabhängigen Rechtswesens sollten der Rechtsstaats- und Menschenrechtsdialog ausgebaut werden. Neben den Treffen auf ministerialer Ebene soll auch der Austausch von chinesischen und deutschen Akteuren an Universitäten sowie in Justiz, Verwaltung und Wirtschaft ausgeweitet werden.

Mit Blick auf die Masseninternierung der uigurischen Bevölkerung in Xinjiang und Berichte über Überwachung und Lager muss die Bundesregierung gemeinsam mit den europäischen Partnern die

Menschenrechtslage in China deutlich zum Thema machen. Der systematischen Umdeutung und Vernichtung von kulturellem Erbe von Minderheiten, das nicht im Einklang mit der staatlichen Ideologie steht, muss deutlich widersprochen werden. Gewaltsame Unterdrückung von Minderheiten, Hinrichtungen und Einschränkungen der Freiheit und Selbstbestimmung Hongkongs durch immer stärkere Uminterpretationen des Vertrags zwischen Großbritannien und der Volksrepublik China über den Status Hongkongs sind für uns Liberale nicht hinnehmbar. Deutschland und seine europäischen Partner müssen sich gemeinsam mit den USA mit Nachdruck gegenüber China für die Einhaltung der vertraglich zugesicherten Bürgerrechte und die Achtung des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“ einsetzen. Sollte die Volksrepublik China gegenüber den friedlichen Demonstranten in Hongkong gewaltsame Maßnahmen wie 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens ergreifen, muss Deutschland das gemeinsam mit den europäischen Partnern verurteilen. In diesem Fall darf die Europäische Union auch Sanktionen nicht ausschließen.

Deutsche und europäische Firmen dürfen sich von China weder in Hongkong noch in Taiwan unter Druck setzen lassen, wenn es um die demokratischen Rechte ihrer Mitarbeiter geht.

2. Einflussnahme in Deutschland und der EU einschränken und gleichberechtigten gesellschaftlichen Austausch fördern

Wir sehen mit großer Sorge, dass die chinesische Regierung nicht nur innerhalb der Grenzen der Volksrepublik verstärkt autoritär agiert, sondern Repressions- und Manipulationsinstrumente zunehmend auch im Ausland einsetzt. Dies wird insbesondere in der Einflussnahme auf Medien, gesellschaftliche Organisationen, politische Eliten, Wissenschaft und chinesische Bürgerinnen und Bürger im Ausland sichtbar. Versuche, die Grund- und Freiheitsrechte in Deutschland und der EU einzuschränken, akzeptieren wir Freie Demokraten nicht. Solche Bestrebungen müssen in Kooperation mit den europäischen Partnern stärker durch entsprechende Behörden beobachtet und bekämpft werden.

Zugleich wollen wir pauschalen Vorurteilen und Ängsten gegenüber chinesischen Bürgerinnen und Bürgern sowie der chinesischen Kultur im Allgemeinen entschieden entgegentreten. Das beste Mittel dazu ist der direkte, pluralistische und offene Austausch. Wir fordern, den akademischen Austausch und den Jugendaustausch sowie die Arbeit der politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen finanziell und politisch stärker zu unterstützen. Von dem Prinzip der Reziprozität ausgehend, muss unsere Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in den chinesischen Regionen ausgebaut werden und für die Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Meinung eintreten.

3. China-Expertise aufbauen

China ist eine große Kulturnation mit langer Tradition. Um die Geschichte und Gegenwart der Beziehungen Chinas zur übrigen Welt, insbesondere zu Europa, und die verschiedenen Denkströmungen in Partei, Gesellschaft, Wirtschaft und in intellektuellen Kreisen in China zu verstehen, ist es notwendig, die China-Expertise hierzulande stärker auszubauen. Wir Freie Demokraten fordern daher die Förderung von grundlegender und unabhängiger China-Expertise in Behörden, Parteien und anderen Organisationen sowie in Schulen und Universitäten.

4. Die Zukunft des freien Internets mitgestalten, digitale Souveränität bewahren

China gestaltet mit großem Ressourceneinsatz die digitale Revolution und strebt nach globaler Technologieführerschaft. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die digitale Gesellschaft, die Zukunft unseres Internets und das Thema Cybersicherheit. Mit großer Sorge sehen wir den Aufbau und die Implementierung des sogenannten „Social Credit Systems“. Dieses großangelegte „Volkserziehungsprogramm“ ist der Einstieg in einen totalitären digitalen Überwachungsstaat, mit dem die KP ihren unbedingten Machtanspruch sichern und jeglichen Kontrollverlust mit modernsten technologischen Mitteln verhindern will. Auch das chinesische Cybersicherheitsgesetz ist für uns Freie Demokraten alarmierend. Gerade die hierin geschaffenen rechtlichen Grundsätze bergen durch ihre in Teilen selektive Anwendung eine erhebliche Gefahr von Willkür.

Bestrebungen der chinesischen Regierung, auf internationaler Ebene ihre Interpretation von „Internetsouveränität“ durchzusetzen, lehnen wir ab. Die Sicherung digitaler Souveränität ist für liberale Demokratien mit offenen Marktwirtschaften von strategischer Bedeutung. Bei sicherheitskritischer Infrastruktur, wie beispielsweise 5G, sollte Europa bereit sein, auf die Nutzung chinesischer Technik zu verzichten, wie China auch bestimmte Bereiche von ausländischen Investitionen und Unternehmen ausnimmt. Die dauerhafte Gefahrenlage externer Angriffe auf kritische IT-Infrastruktur erfordert einen effektiven Schutz, der nur wirksam sein kann, wenn er auf EU-Ebene koordiniert wird. Dafür brauchen wir verbindliche europäische Mindeststandards und Grundsätze für IT-Sicherheit und eine effektive Cybersicherheitsstruktur.

5. Die Marktwirtschaft verteidigen

Auch wenn China in den letzten Jahrzehnten umfassende Wirtschaftsreformen umgesetzt hat, ist die chinesische Wirtschaft keine freie Marktwirtschaft.

- Die Regierung übt großen Einfluss auf staatseigene und private Unternehmen aus. Strategische Investitionen großer chinesischer Unternehmen oder Konsortien bedeuten daher auch immer einen Zugewinn staatlichen Einflusses Chinas in den jeweiligen Staaten. Solange dies der Fall ist, fordern wir ein aktives Monitoring von Investitionen chinesischer Unternehmen in Europa und regelmäßige Einschätzungen durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie der Europäischen Kommission zu den möglichen Risiken und Marktverzerrungen durch solche Interventionen.
- Es gibt in China keinen unabhängigen Rechtsstaat, der die Rechtssicherheit garantiert. Das neu erlassene Investitionsgesetz ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber noch nicht ausreichend. Für uns Freie Demokraten ist der Abschluss eines Investitionsschutzabkommens zwischen der Europäischen Union und der Volksrepublik China von außerordentlicher Bedeutung.
- Die chinesische Regierung verweigert ausländischen Wirtschaftsakteuren dieselben Rechte in China, die es für seine Unternehmen im Ausland in Anspruch nimmt. Wir wollen uns im europäischen Verbund dafür einsetzen, diese Asymmetrie im Marktzugang abzubauen. Chinesische Unternehmen sollen nur dann Zugang zum europäischen Auftragsmarkt erhalten, wenn China den einschlägigen WTO-Abkommen wie beispielsweise dem „Government Procurement Agreement“ (GPA) beitrifft und darüber hinaus bereit ist, über die Erfüllung der Mindestvorgaben dieser Abkommen hinauszugehen. Nur eine starke Europäische Union kann im wirtschaftlichen Wettbewerb mit China bestehen und damit Chinas Versuchen, die EU zu schwächen, etwa durch

das 17+1-Format, wirksam entgegenzutreten. Die EU braucht zudem einen einheitlichen Umgang mit Chinas Initiative für eine „neue Seidenstraße“ und den damit einhergehenden Investitionen und Infrastrukturprojekten, die langfristig auch Abhängigkeiten von EU-Staaten oder Beitrittskandidaten schaffen und damit den Einfluss Chinas auf EU-Entscheidungsprozesse erhöhen. Weil wir Freie Demokraten eine Welt des fairen Multilateralismus anstreben, darf die „neue Seidenstraße“ für uns keine Einbahnstraße sein.

6. Entwicklung auf Taiwan unterstützen

Wir begrüßen und unterstützen die demokratische Entwicklung auf Taiwan. Unter grundsätzlicher Akzeptanz der Ein-China-Politik setzen wir uns für eine stärkere Einbindung von Organisationen auf Taiwan auf transnationaler Ebene ein. Zusätzlich sehen wir großes Potential für eine verstärkte Kooperation im Bereich technologischer Innovation, die wir durch den Ausbau der Vernetzung im Bereich Forschung und Wissenschaft sowie von Start-ups vorantreiben wollen. Jeden Versuch Chinas zur einseitigen Änderung des Status von Taiwan lehnen wir entschieden ab. Die gewaltsame Unterwerfung einer freien, demokratischen Gesellschaft können wir Freie Demokraten niemals akzeptieren.

7. Chinas militärische Machtprojektion begrenzen

Als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat China eine besondere Verantwortung für die internationale Sicherheit. Wir begrüßen Chinas Engagement ausdrücklich, etwa als Truppensteller oder bei der Finanzierung von Friedensmissionen der Vereinten Nationen. Die zunehmende Präsenz des chinesischen Militärs außerhalb chinesischen Staatsgebiets sehen wir als keine Bedrohung, solange sein Einsatz der Sicherung von Handelswegen und der Unterstützung militärischer Friedensmissionen im Rahmen der Vereinten Nationen dient. Gleichzeitig gilt es, jeden Schritt einer militärischen Machtprojektion Chinas, wie etwa der Aufbau der ersten Militärbasis in Übersee in Djibouti, kritisch zu beobachten. Wir fordern, auf EU-Ebene regelmäßig zu evaluieren, ob die internationalen Einsätze des chinesischen Militärs strategische Ziele der Machtprojektion verfolgen und deutschen und europäischen Interessen entgegenstehen, und daraus mögliche gemeinsame Handlungsoptionen zu erarbeiten. Gleichzeitig erwarten wir von der Volksrepublik China in den Konflikten der Region eine konstruktivere Rolle zu entwickeln.

8. Im Konflikt im südchinesischen Meer vermitteln

Wir betrachten den Konflikt im Südchinesischen Meer als große Gefahr für die Stabilität und den Frieden in der Region und als Bedrohung für die Weltwirtschaft. Wir sehen insbesondere China in der Verantwortung, aktiv eine Lösung des Konflikts mit friedlichen Mitteln und den Instrumenten multilateraler Vereinbarungen und internationalen Rechts voranzutreiben sowie UNCLOS-Schiedsentscheidungen anzuerkennen. Deutschland muss als vertrauensvoller Partner aller Konfliktparteien seinen Beitrag zur friedlichen Beilegung des Konfliktes leisten. Dazu wollen wir einen multilateralen Konfliktlösungsmechanismus im Südchinesischen Meer fördern und entsprechende diplomatische Initiativen in der Region und in internationalen Foren aktiv unterstützen.

9. Eine wirksame europäische Entwicklungspolitik entwickeln

Wir begrüßen ausdrücklich, dass China sich zum zweitgrößten Beitragszahler der Vereinten Nationen entwickelt hat und als inzwischen wichtigster Wirtschafts- und Handelspartner, größter Investor und größter Einzel-Geldgeber für Infrastrukturmaßnahmen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung Afrikas leistet. Allerdings nutzt China seine Entwicklungszusammenarbeit auch zur Ausweitung seines politischen und wirtschaftlichen Einflussbereichs. Deutschland und die EU müssen gegenüber Afrika, aber auch im globalen Maßstab, eine Entwicklungspolitik verfolgen, die Staaten ermöglicht, sich nicht zu stark von China abhängig zu machen. Auch mit der Initiative für eine „neue Seidenstraße“ zielt China auf die Ausdehnung des eigenen Einflussbereichs. Die EU muss hierzu eine klare Strategie entwickeln und die bestehende Zusammenarbeit mit China und weiteren asiatischen Ländern im Rahmen der EU-Asien-Konnektivitätsstrategie ausbauen.

Mit Blick auf Chinas wirtschaftlichen Aufstieg sowie die aktuelle Menschenrechtslage sollen Deutschland und Europa ihre Maßnahmen in der Entwicklungszusammenarbeit mit China überprüfen – etwa hinsichtlich einer vorzeitigen Beendigung vergünstigten Kredite für China.

10. China in das Welthandelssystem integrieren

Chinas gegenwärtige Außenhandelspolitik ist von Staatskapitalismus und Protektionismus geprägt. Entgegen anderslautender Aussagen der KP hält sich China nicht an die Prinzipien der Welthandelsorganisation (WTO) wie etwa Nichtdiskriminierung und Transparenz. Die EU und Deutschland sollten weiterhin das Ziel verfolgen, China stärker in das regelbasierte Welthandelssystem zu integrieren, etwa bei der Wiederbelebung der laufenden Doha-Welthandelsrunde oder bei der Fortentwicklung internationaler Handelsregeln etwa im Rahmen der WTO-Reform. China, das kein Entwicklungsland mehr ist, sondern eine globale Handelsmacht, muss seinen Beitrag dazu leisten, dass die WTO ihre Funktionsfähigkeit als Hüterin eines geregelten und fairen Handels bewahren kann. Gleiches gilt auch für die Rolle Chinas im globalen Klima- und Umweltschutz.

China betreibt eine Form von Währungsbewirtschaftung, die ein weltweites „race to the bottom“ bei der Währungsstabilität auslöst. Mit zunehmendem Export weitet es seine Geldmenge aus, damit der Außenwert des Renminbis nicht steigt. Dies entspricht faktisch einer Abwertung und setzt insbesondere Volkswirtschaften unter Wettbewerbsdruck, die früher selbst regelmäßig mit Abwertungen gearbeitet haben. Dazu gehören auch Volkswirtschaften des Euroraums. Dieser Druck sorgt mit dafür, dass die Europäische Zentralbank wiederum die Geldmenge im Euro-Raum ausweitet. Wir Freie Demokraten fordern, dass sich Europa keinesfalls in den destruktiven Wettstreit um künstlich billige Währungen einschaltet. Stattdessen brauchen wir eine Wende hin zur freien Preisbildung auf den Devisenmärkten. Statt staatlicher Abwertungswettläufe erreichen wir so mehr Währungsstabilität. Das führt zu wirklich freiem Handel, weil die Preise der Güter weltweit besser vergleichbar werden. Investitions- und Anlageentscheidungen werden weltweit rationaler, statt die Gefahr von Blasenbildung an Aktien- oder Immobilienmärkten zu erhöhen.